

Wie die Chinesen in Afrika

Griechenland Der Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler sprach sich im Club Voltaire für „Wiederaufbau statt Deregulierung“ in dem EU-Staat aus. *Von Dorothee Hermann*

Gerechte Arbeitsverhältnisse sind ein Lebensthema von Prof. Wolfgang Däubler – neuerdings auch in Griechenland. Dort gehörte der 78-Jährige im vergangenen Jahr zu einer Expertenkommission, die Vorschläge zur Re-Regulierung des griechischen Arbeitsmarkts vorlegte. Davon berichtete der Arbeitsrechtler von der Uni Bremen am Montagabend auf Einladung der Deutsch-Griechischen Gesellschaft Reutlingen-Tübingen und der Initiative ZAK³. Etwa 50 Interessierte waren in den Club Voltaire gekommen. Es moderierte Rita Haller-Haid, die Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Gesellschaft.

Aktuell sind 25 Prozent der Griechen ohne Job, und damit sei nur die registrierte Arbeitslosigkeit erfasst, sagte der 78-Jährige, der auch im wissenschaftlichen Beirat der globalisierungskritischen Initiative „Attac“ ist. Bei jungen Leuten unter 25 Jahren liege die Arbeitslosenquote sogar bei 50 Prozent. „600 000 sind abgewandert in andere Länder. Die Qualifiziertesten und Beweglichsten fehlen damit der griechischen Wirtschaft.“

Das griechische Bruttosozialprodukt erreicht nur noch 75 Pro-



Prof. Wolfgang Däubler Archivbild

beitnehmer in Griechenland durch Tarifverträge geschützt, berichtete Däubler. Zum Vergleich: „In Deutschland sind es noch 57 Prozent.“ Die Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und Europäischer Kommission hätte die Auflage gemacht: „Diese Tarifverträge müssen weg.“

Däubler und seine Expertenkollegen machten sich daran, wieder gewisse soziale Sicherungen anzuregen: Beispielsweise Kurzarbeit nach dem deutschen Modell oder

qualifizierungen vorsehen. Die Europäische Kommission sei nur gegenüber Griechenland derart rücksichtslos vorgegangen, sagte Däubler. Spanien, Irland und Portugal seien sehr viel sanfter behandelt worden, so der Arbeitsrechtler. „Es hat nicht so viele Leute erfasst und nicht die ganze Administration kaputtgemacht.“

Wer in Griechenland arbeitslos wird, erhalte ein Jahr lang 200 Euro monatlich und sei danach auf sich gestellt. „Man hat eine grob falsche Politik gemacht, die die Produktivität zerstört und die Menschen in Armut gestürzt hat.“ Die Vorschläge von Däubler und Kollegen wurden bisher nicht umgesetzt. Der IWF war dagegen.

„Es war viel einfacher, die Renten zu kürzen, als den Mächtigen in der Gesellschaft wirklich auf die Füße zu treten“, sagte er im Hinblick auf die griechischen Reeder,

deren Geldanlagen in der Schweiz etwa der Höhe der griechischen Schulden entsprächen. Doch die Zwangslage des Landes sei nicht nur hausgemacht, betonte der Jurist. Wenn die Politik der Troika nicht so rücksichtslos wäre, könnte man versuchen, nach einem Schuldenschnitt das Land mit einem Marshallplan wieder aufzubauen.

Das Land sei nicht so groß, dass es die wirtschaftlichen Kräfte des Exportweltmeisters Deutschland übersteigen würde, so Däubler: „Damit könnten wir unsere Handelsüberschüsse abbauen. So wie die Chinesen in Afrika.“ Die angemessene finanzielle Ausstattung für einen solchen Wiederaufbau bezifferte der Jurist mit 200 Milliarden Euro pro Jahr. Er gab zu bedenken: „Jede Gesellschaft muss sich selber modernisieren. Wir können den Griechen nicht sagen, wie sie zu leben und zu arbeiten haben.“

Schuldenschnitt nach der Bundestagswahl?

„Ein innovativer Martin Schulz“ könnte einen Marshall-Plan für Griechenland vorschlagen – zum Abbau der deutschen Handelsüberschüsse, sagte der Arbeitsrechtler Prof.

Wolfgang Däubler am Montagabend im Club Voltaire. „Aber das traut er sich nicht.“ Der griechische Tübinger Nikos Mellios, Arzt im Ruhestand, wollte wissen, wie Däubler die

Rolle des IWF beurteile, der einen Schuldenschnitt für Griechenland anmahnt. Mellios prognostizierte: „Es kommt Erleichterung. Aber erst nach der Bundestagswahl.“